der Produktionsbelange des Abnehmers nachzuprüfen (Nachprüfung) sowie zur Sicherung der öffentlichen Energieversorgung und zur Kontrolle von Schutzmaßnahmen Messungen vorzunehmen. Eine Erst- und Nachprüfung durch den EVB erfolgt nicht bei Abnehmeranlagen, die nach den hierfür geltenden Bestimmungen* vorprüfungs- und abnahmeprüfungspflichtig durch die Organe der Technischen Überwachung sind.

(8) Bei Abnehmeranlagen für Gas erfolgt die Prüfung bzw. Freigabe der Gasanlage vor ihrer Inbetriebnahme durch den EVB entsprechend den Technischen Anschlußbedingungen für Gasanlagen auf Kosten des Abnehmers.

(9) Bei Abnehmeranlagen für Wärme ist der EVB berechtigt, die Abnehmeranlage vor ihrer Inbetriebnahme zu prüfen. Die Prüfung durch die für den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit zuständigen Organe wird hierdurch nicht berührt. Der EVB kann ferner die Abnehmeranlage besichtigen, Messungen vornehmen und dabei insbesondere auch die Instandhaltung, die Aufdeckung von Verlusten des Energieträgers und die Wärmeisolierung kontrollieren.

(10) Der EVB hat dem Abnehmer eine Ausfertigung des Prüf- bzw. Abnahmeberichtes zu übergeben und die Beseitigung der festgestellten Mängel zu fordern. Der EVB übernimmt die Haftung für die sach- und fachgerechte Prüfung.

(11) Den Beauftragten des EVB ist, insbesondere zum Zwecke der Besichtigung der Abnehmeranlage, gegen Vorlage des Betriebsausweises mit entsprechendem Berechtigungsvermerk der Zutritt zu den Räumlichkeiten des Abnehmers, in denen sich Energieanlagen befinden, zu gewähren, soweit dem nicht besondere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Zum Betreten der Räume der Deutschen Post mit technischen Einrichtungen des Fernmeldewesens, auch in den Fällen des Abs. 7, und für Betriebe der Lebensmittelindustrie gelten Sonderregelungen.

(12) Abnehmer mit Eigenerzeugungsanlagen einschließlich Notstromanlagen haben, soweit sie nicht Elektroenergie in das öffentliche Netz einspeisen, durch geeignete Vorkehrungen (z. B. Umschalter) zu verhindern, daß eine Verbindung der Eigenerzeugungsanlage mit dem öffentlichen Netz zustande kommt. Ein Parallelbetrieb mit dem öffentlichen Netz ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des EVB zulässig. Für den Einsatz und den Betrieb von Netzersatzanlagen der Deutschen Post, die dem Fernmeldebetrieb dienen, gilt die zwischen der LV und der Deutschen Post getroffene Vereinbarung.

(13) Der Abnehmer ist verpflichtet, den Anschluß eines Dritten an seine Abnehmeranlage zu dulden, soweit das ohne Behinderung seiner Versorgung, des Betriebsablaufes und der Veränderung seiner Anlagen möglich ist. Der Dritte hat, soweit nichts anderes vereinbart ist, die entstehenden Kosten zu tragen. Dem Abnehmer dürfen durch den Anschluß Dritter bei der Abrechnung seines Energieverbrauchs keine Nachteile entstehen.

(14) Der Abnehmer ist verpflichtet, auf seine Kosten eine Notversorgungsanlage zu errichten, wenn das infolge der technischen und ökonomischen Besonderhei-

ten der Betriebs- und Abnahmeverhältnisse des Abnehmers aus volkswirtschaftlichen Gründen erforderlich ist. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist von den Vertragspartnern gemeinsam festzustellen.

§ 11

Straßenbeleuchtungsanlagen

(1) Straßenbeleuchtungsanlagen sind Abnehmeranlagen zur Beleuchtung der öffentlichen Verkehrswege und Plätze, die unmittelbar mit dem öffentlichen Versorgungsnetz des EVB verbunden sind.

(2) Verträge über die Lieferung von Elektroenergie oder Gas für Straßenbeleuchtungsanlagen, bei denen keine Verbrauchsmessung durchgeführt wird, sind in Urkundenform abzuschließen. Bei Straßenbeleuchtungsanlagen mit Verbrauchsmessung gilt für den Vertragsabschluß § 2 Abs. 2. Bei Straßenbeleuchtungsanlagen für Elektroenergie und Gas ohne Verbrauchsmessung ist der Abnehmer verpflichtet, den vereinbarten Brennkalendar und die festgelegten Anschlußwerte der Leuchten einzuhalten. Für Änderungen, auch des Anschlußwertes einzelner Leuchten, ist die vorherige schriftliche Zustimmung des EVB einzuholen. Sind keine Vereinbarungen über die Ein- und Ausschaltungen getroffen, gilt, soweit in Standards nichts anderes festgelegt wird, folgender Brennkalendar:

Monat	Ein-schalt-Uhrzeit	bei ganznächtiger bei halbnächtiger Brenndauer Brenndauer	
		Aus-schalt-Uhrzeit	Gesamt-brenn-stunden (Ausschaltzeit 23 Gesamtbrennstunden)
Januar	16,45	7,00	442
Februar	17,30	6,30	364
März	18,30	5,30	341
April	19,30	4,15	263
Mai	20,30	3,15	209
Juni	21,00	2,45	173
Juli	21,00	3,00	186
August	20,00	3,45	240
September	18,45	4,30	293
Oktober	17,30	5,30	372
November	16,30	6,15	413
Dezember	16,30	7,00	450

(3) Erfolgt das Ein- und Ausschalten der Gasleuchten durch Druckwelle, legt der EVB entsprechend der zulässigen Netzbelastung Druckhöhe und Dauer der Druckwelle fest und vereinbart diese mit dem Abnehmer.

(4) Einrichtungen, die ausschließlich für die Straßenbeleuchtung verwendet werden, stehen — mit Ausnahme der Verrechnungsmesseinrichtung des EVB — in der Rechlträgerschaft des Abnehmers. Einrichtungen, die sowohl der Straßenbeleuchtung als auch der öffentlichen Energieversorgung dienen, stehen in der Rechlträgerschaft des EVB. Übergabestellen sind bei elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen die Anschlußstellen an das Netz des EVB, bei Straßenbeleuchtungsanlagen für Gas die Anschlußstellen der Gasleuchten am Hauptrohr.

(5) Für die gemeinsam genutzten Einrichtungen gilt folgendes:

- a) der EVB stellt seine Einrichtungen unentgeltlich zur Verfügung. Der Abnehmer haftet für alle Schäden, die durch die Straßenbeleuchtungsanlage dem EVB oder Dritten entstehen,

* Zur Zeit gilt die Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung 900 vom 20. Juli 1961 - Elektrische Anlagen - (Sonderdruck Nr. 339 des Gesetzblattes).